

Verordnung

betreffend Abänderung der Verordnung über Höchstpreise für Hafer vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 826).

Vom 26. Oktober 1916.

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) wird folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. Der § 1 der Verordnung über Höchstpreise für Hafer vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 826) in der Fassung der Verordnung vom 18. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1048) erhält folgenden Absatz 3:

Der Preis von dreihundert Mark für die Tonne darf bei Lieferungen an die Seeresverwaltung auf Antrag auch noch bezahlt werden, wenn die Ablieferung oder Verladung des rechtzeitig ausgetrockneten Hafers aus Gründen, die der Lieferungspflichtige nicht zu vertreten hat und die außerhalb seines Betriebs liegen, bis zu dem im Abs. 1 und 2 festgelegten Endzeitpunkte (30. September, 15. Oktober 1916) nicht hat erfolgen können. Der Antrag muß bis zum 15. November 1916 einschließlich bei den Empfangsstellen gestellt werden. Ueber alle Streitigkeiten wegen der Zahlung des Preises entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Als höhere Verwaltungsbehörde gilt die auf Grund des § 24 der Verordnung über Hafer aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 811) bestimmte Behörde.

Artikel II. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 26. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über die Verarbeitung von Kartoffeln auf Branntwein in Kleinbrennereien. Vom 26. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Massnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bis auf weiteres ist die Verarbeitung von Kartoffeln auf Branntwein in Kleinbrennereien (§ 15 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909, Reichs-Gesetzbl. S. 661) verboten. Die Hauptämter sind ermächtigt, für Kleinbrennereien, die bereits in einem der letzten drei Betriebsjahre als solche betrieben sind und Kartoffeln verarbeitet haben, im Falle eines besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisses Ausnahmen von diesem Verbote zuzulassen, soweit es sich um Kartoffeln eigener Ernte handelt oder um solche Kartoffeln, die zur menschlichen Ernährung nicht tauglich sind.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des § 1 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann der verbotswidrig hergestellte Branntwein eingezogen werden.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Berlin, den 26. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über untaugliches Schuhwerk vom 21. Juni 1916. (Reichs-Gesetzbl. S. 541.)

Vom 19. Oktober 1916.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über untaugliches Schuhwerk vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 541) werden die Ausführungsbestimmungen vom 22. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 543) wie folgt abgeändert:

1. Im § 1 wird dem Abs. 2 hinzugefügt:

Dasselbe gilt für gestrickte Spangenschuhe und Sandalen und für Schuhe, bei denen die Laufsohle und der Absatz aus Holz bestehen (Kriegsschuhe), auch solche mit aufgelegten Ledersohlen.

2. Im § 2 wird dem Abs. 3 hinzugefügt:

Bei Holzabsätzen genügt eine Stärke von 3 Millimetern.

3. Der § 4 erhält folgende Fassung:

Die Bezeichnung der Stoffe, die geeignet sind, Leder zu ersetzen, erfolgt durch Bekanntmachung im Zentralblatt für das Deutsche Reich.

4. Der § 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Die im § 9 Abs. 2 der Verordnung vorgeschriebene Bezeichnung ist von demjenigen (Hersteller oder Händler) anzubringen, in dessen Besitz sich die Ware befindet. Sie muß für die Laufsohle die an

Stelle von Leder verwendeten Stoffe angeben, für den Absatz genügt der Vermerk „Nicht ausschließlich aus Leder oder zugelassenen Ersatzstoffen“, für die übrigen Schuheile der Vermerk „Nicht überwiegend aus Leder oder zugelassenen Ersatzstoffen“.

Die Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 19. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Druckfehlerberichtigung.

In Zeile 3 des § 9 der Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über Rohtabak vom 10. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1149) Kreisblatt Nr. 136 ist statt der Worte „Zollauslagereiten Rohtabak“ zu setzen: „Zollauslagereitenden Rohtabak“.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Versorgung mit Wild.

Das dem Kreise Gießen gemäß § 1 Abs. 1 der Bekanntmachung betreffend die Versorgung mit Wild vom 24. Oktober 1916 (Kreisblatt Nr. 137) zustehende Viertel des erlegten Wildes hat den Kreis an die Stadt Gießen abgetreten.

Gießen, den 31. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorliegendes wollen Sie umgehend den Jagdinhabern und Jagdpächtern Ihrer Gemeindejagden mitteilen.

Gießen, den 31. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: 4. Ausgabe von Süßstoff (Sacharin).

In der Zeit vom 1. bis 10. November d. J. wird gegen den Lieferungsabschnitt 4 der Süßstoffarten „H“ (blau) und „G“ (gelb) von den Süßstoffabgabestellen Süßstoff abgegeben. Ausnahmeweise gelangen wiederum zwei Briefchen bzw. zwei Schachteln auf den Abschnitt zur Ausgabe. Mit dem 10. November verliert der Abschnitt 4 seine Gültigkeit. Nach diesem Zeitpunkt nicht abgerufene Süßstoffmengen dürfen von den Abgabestellen frei verkauft werden.

Gießen, den 31. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Zurückstellung Wehrpflichtiger.

Gesuchen um Befreiung vom Seeresdienst kann künftig nur noch in dringenden Fällen und nur dann stattgegeben werden, wenn sie rechtzeitig und ausreichend begründet bei mir eingereicht worden sind.

Gesuchen, die nach Zustellung des Bestimmungsbefehls eingeht, kann keine Folge mehr gegeben werden.

Sämtliche Zurückstellungen hinter die letzte Jahresklasse des Landsturms 2. Aufgebots sind abgelaufen. Wer von den in Betracht kommenden Personen glaubt, Anspruch auf weitere Zurückstellung zu haben, hat entsprechenden Antrag bei mir einzureichen.

Es wird bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hingewiesen, daß sämtliche Zurückstellungs- oder Beurlaubungsgesuche bei dem Unterzeichneten einzureichen sind.

Gießen, den 2. November 1916.

Der Zivilvorsitzende der Erjakkommission des Kreises Gießen.

J. B.: Demmerde.

Dienstaachrichten des Großh. Kreisamts Gießen.

Der Zweigverein Gießen vom Roten Kreuz und derjenige vom Alice-Frauenverein beabsichtigen eine Verlosung von Handarbeiten, Kunst- und Schmuckgegenständen zugunsten der Verwundeten in den Giesener Lazaretten und zugunsten der Truppen im Felde zu veranstalten.

Großherzogliches Ministerium des Innern hat die nachgesuchte Erlaubnis zur Veranhaltung dieser Verlosung unter der Bedingung erteilt, daß bis zu 10 000 Lose zu 0,30 M. das Stück ausgeben werden dürfen und der Wert der Gewinngegenstände mindestens 60 Prozent des Bruttoerlöses aus dem Verlaufe der Lose betragen muß.

Der Vertrieb der Lose ist im Kreise Gießen gestattet.